



**Unterlagen zur  
40. Mitgliederversammlung  
des freien Zusammenschluss von  
studentInnenschaften (fzs) e.V.**

**vom 11. – 13.03.2011  
in Mainz**

## Inhalt

	Seite
Vorschlag zur Tagesordnung und zum Ablaufplan	3
TOP 1 Eröffnung und Formalia	5
TOP 2 Berichte I	5
Bericht des Vorstandes	5
Bericht des Kassenprüfungsausschusses	11
TOP 3 Entlastungen	13
TOP 4 Berichte II	13
Berichte der Ausschüsse und Arbeitskreise	13
TOP 5 sonstige Berichte	13
Bericht der Delegierten zum 59. ESU Board-Meeting	13
TOP 6 Struktureller Antrag	13
TOP 7 Inhaltliche Anträge (Teil I)	14
TOP 8 Gendertraining gem. Beschluss der 39. MV in Köln	19
TOP 7 Inhaltliche Anträge (Teil II)	19
TOP 9 Nachwahlen zu den Ausschüssen	29
TOP 10 Nachtragshaushalt	29
TOP 11 Initiativanträge	29
TOP 12 Ort und Zeitraum der nächsten Mitgliederversammlung	29
TOP 13 Sonstiges	29

## Vorschlag zur Tagesordnung der 40. Mitgliederversammlung

- TOP 1 Eröffnung und Formalia
  - Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - Wahl der Redeleitung und der ProtokollantInnen
  - Beschluss der Tagesordnung
  - Beschluss der Fristen für Initiativanträge, Änderungsanträge und Kandidaturen
- TOP 2 Berichte I
  - Bericht des Vorstands
  - Bericht des Kassenprüfungsausschusses
- TOP 3 Entlastungen
  - Entlastung des Vorstands
  - Entlastung des Kassenprüfungsausschusses
- TOP 4 Berichte II
  - Berichte der Ausschüsse und Arbeitskreise
- TOP 5 sonstige Berichte
  - Bericht der Delegierten zum 59. ESU Board-Meeting
- TOP 6 Struktureller Antrag
- TOP 7 Inhaltliche Anträge (Teil I)
- TOP 8 Gendertraining
- TOP 7 Inhaltliche Anträge (Teil II)
- TOP 9 Nachwahlen zu den Ausschüssen
- TOP 10 Nachtragshaushalt
- TOP 11 Initiativanträge
- TOP 12 Ort und Zeitraum der nächsten Mitgliederversammlung
- TOP 13 Sonstiges

## Ablaufplan zur 40. Mitgliederversammlung

(Vorbehaltlich des Beschlusses der MV zu Tagesordnung)

<b>Freitag</b>	15.00 – 16.00	Newcomers Meeting
	16.00 – 23.00	<b>Mitgliederversammlung</b> TOP 1: Eröffnung und Formalia TOP 2a: Bericht des Vorstands TOP 2b: Bericht des Kassenprüfungsausschusses TOP 3a: Entlastung des Vorstands TOP 3b: Entlastung des Kassenprüfungsausschusses TOP 4: Berichte der Ausschüsse und Arbeitskreise TOP 5: Sonstige Berichte
	zwischenzeitlich	Verpflegungspausen
<b>Samstag</b>	09.00 – 15.30	<b>Mitgliederversammlung</b> TOP 6: Struktureller Antrag TOP 7: Inhaltliche Anträge (Teil I)
	15.30 – 18.30	TOP 8: Gendertraining
	18.30 – 23.00	TOP 7: Inhaltliche Anträge (Teil II) TOP 9: Nachwahlen zu den Ausschüssen
	zwischenzeitlich	Verpflegungspausen
	13.00 – 14.00	29. ordentliche Mitgliederversammlung des vsb
<b>Sonntag</b>	10.00 – 14.00	<b>Mitgliederversammlung</b> TOP 10: Nachtragshaushalt TOP 11: Initiativanträge TOP 12: Ort und Zeitraum der nächsten Mitgliederversammlung TOP 13: Sonstiges
	zwischenzeitlich	Verpflegungspausen

## **TOP 1 Eröffnung und Formalia**

5

## **TOP 2a Bericht des Vorstands**

### **Bericht des Vorstandes vom Zeitraum 1. September 2010 bis 7. Februar 2011**

10

#### **Allgemeines**

Der Vorstand tritt circa alle zwei Wochen zu Vorstandssitzungen zusammen. Die Protokolle sind im internen Bereich der Homepage abrufbar (<http://extra.fzs.de>). Viele Dinge werden kontinuierlich weitergeführt, so wurde beispielsweise der GEMA-Rahmenvertrag verlängert. Die von der 39. Mitgliederversammlung gewünschte Ausweitung auf die Kategorie „Diskotheken“ konnte mangels Rückmeldung von Seiten der Mitglieder noch nicht realisiert werden.

15

20

Im Bereich Finanzen wird großer Wert auf Sparsamkeit gelegt, um sichtbar Gelder auf wie wir meinen wichtige Dinge verlagern zu können. So wurden beispielsweise die Handyverträge auf preiswertere Tarife eines anderen Anbieters umgestellt. Der zeitliche Aufwand des Vorstandes ist, wie zu erwarten war, innerhalb der Geschäftsstelle gestiegen.

25

#### **Seminare und Seminarförderung**

Im Berichtszeitraum fand ein Seminar für EinsteigerInnen in die Hochschulpolitik (Bad Hersfeld), eines zur Verfassten Studierendenschaft (Ludwigsburg) und eines zu Frauen- und Geschlechtspolitik (Fulda) statt. Im Zusammenhang mit vom BMBF geförderten Seminaren weisen wir darauf hin, dass der Verband auch in der jetzt laufenden Förderzeitraum auf ähnlichem Niveau gefördert werden wird wie im Vorjahr. Der Bescheid von offizieller Seite erfolgte extrem kurzfristig (rückwirkend).

30

35

Weiter gab es einen Workshop von fzs und GEW zu „student centered learning“ in Göttingen, welche von uns organisiert wurde. Die Finanzierung erfolgte über den DAAD, eingeleitet durch Engagement von unserem Bologna Experten Jens Jungblut.

#### **Bundesländer**

40

##### **Berlin**

Es besteht vereinzelter Kontakt zu ASten. Momentan wird versucht, zur anstehenden BerlHG-Novellierung mögliche gemeinsame Themenfelder zu herauszubilden.

45

##### **Brandenburg**

Die BrandStuVe baut sich zur Zeit eine neue Struktur auf. Der Vorstand war auf den letzten beiden Mitgliederversammlungen vertreten und trägt von dort auch Impulse in den fzs (wie der erneute Anlauf zu einer verstärkten Vernetzung der Landesvertretungen).

50

##### **Mecklenburg-Vorpommern**

Es finden regelmäßig Sitzungen der Landeskonferenz statt, welche alle vom Vorstand besucht worden sind. Zur laufenden Novellierung des Landeshochschulgesetzes gab es eine Anhörung im Schweriner Landtag, wozu der fzs erstmals geladen war. Die Stellungnahme des fzs ist auf der Homepage abrufbar. Für das anstehende LandesAStenTreffen wurde Expertise des fzs angefragt und von uns zugesagt.

55

### **Bayern**

- 60 Es finden regelmäßig Sitzungen der Landeskonferenz statt, welche alle vom Vorstand besucht worden sind. Es gab einen regen Austausch zwischen dem Vorstand und den LAK-Sprechern. Der fzs hat die Proteste gegen die Kürzungen im Landeshaushalt mit einer Pressemitteilung unterstützt und es war auch ein Vorstandsmitglied bei der Demo am 17.11
- 65 in Würzburg. Des Weiteren ist der fzs Unterstützer zweier Petitionen, zum einem gegen Forschungsprofessuren und zum anderem gegen „kostendeckende“ Studiengänge.

### **Rheinland-Pfalz**

- 70 Die meisten LAK-Sitzungen konnten durch den Vorstand besucht werden. Die LAK-RLP arbeitet eng mit dem fzs zusammen und unterstützt beispielsweise das Gutachten für das Bundesverfassungsgericht zum Normenkontrollverfahren zur Verfassungsgemäßheit der Akkreditierung finanziell.

75

### **Niedersachsen**

- Leider stehen wir bei der LAK-Niedersachsen nicht auf dem Verteiler, trotzdem konnten uns Einladungen weitestgehend weitergeleitet werden sodass wir regelmäßig an den Sitzungen teilnehmen konnten. Diskussionen drehen sich beispielsweise um das Thema Stipendien, Studiengebühren und die Zusammenarbeit mit anderen studentischen Organisationen.
- 80

### **Bremen**

- 85 Mit dem AstA der Uni Bremen stehen wir im guten Kontakt. Eine LAK ist dort noch nicht etabliert. Bezüglich der Wahlprüfsteine zur Bürgerchaftswahl wird es evtl. eine Zusammenarbeit mit den Asten in Bremen geben können.

### **Baden-Württemberg**

- Wir sind auf den Sitzungen vertreten. Die Zusammenarbeit mit der LAK ist momentan insbesondere auf Grund der anstehenden Wahlen und der damit einhergehenden Kampagne zur Wiedereinführung der VS recht intensiv. Wahlprüfsteine wurden gemeinsam verschickt und die Ergebnis auf der fzs-Homepage veröffentlicht. Ein Flyer wurde vom Ausschuss VSPM, der LAK und dem Vorstand gemeinsam erstellt, finanziert und steht in sehr hoher Auflage in Freiburg zur Verfügung, von wo ihn andere Baden-Württembergische Hochschulen beziehen
- 90 können. Auf der Demo am 26. Januar waren wir vertreten und haben mitdemonstriert.
- 95

### **Sachsen-Anhalt**

- Es besteht ein regelmäßiger Austausch und die meisten Sitzungen konnten besucht werden. Die KSSA beteiligt sich finanziell am Gutachten für das Bundesverfassungsgericht zum Normenkontrollverfahren zur Verfassungsgemäßheit der Akkreditierung. In dieser Woche werden gemeinsame Wahlprüfsteine zur kommenden Landtagswahl verschickt werden.
- 105

110

### **Sachsen und Thüringen**

- Es besteht Kontakt und der Besuch einer gemeinsamen KTS/KSS-Sitzung im Februar ist geplant.

115 **Nordrhein-Westfalen**

Die politische Arbeit in NRW drehte sich zuletzt in erster Linie um die Umsetzung von Wahlversprechen der letztjährigen Landtagswahl (Studienebührenabschaffung). Des Weiteren befindet sich das LAT in einem Neuorganisationsprozess. Sitzungen werden in der Regel besucht.

120

**Hamburg**

Die Demo am 26. Januar wurde besucht, es besteht kein weitergehender Kontakt zu der LAK.

125 **Schleswig-Holstein**

Asten angeschrieben und Kontakt erfragt, leider keine weiteren Reaktionen.

**Studierendenparlamente etc.**

130 Der Vorstand war auf Bitten der jeweiligen Asten auf den StuPas in Frankfurt/Oder und Mainz zugegen. Bereits vor der Amtszeit wurde eine Sitzung des AstA der Uni Köln besucht.

**Publikationen**

135 Die Broschüre „Studieren mit Kind“ wurde fertig gestellt und gedruckt. Wir danken an erster Stelle unserer Geschäftsstellenleiterin Stefanie und alleN, welche von uns noch last minute mit inhaltlichen Fragen oder zum Korrektur lesen gequält wurden. Die Broschüre befindet sich seit Ende Dezember sehr erfolgreich im Verkauf uns muss in diesen Tagen nachgedruckt werden.

140

Mit finanzieller Unterstützung des DAAD sowie inhaltlicher von unserem Bologna-Experten Jens Jungblut wurden die Anerkennungs-Postkarten (Lissabon, Anrechnung von Studienleistungen) in großer Stückzahl gedruckt und noch im Dezember an alle Studierendenschaften in der BRD versendet. Restmengen können noch (zum Versandkostenpreis) auf der Homepage bestellt werden.

145

Der Flyer zu den Änderungen des BAföG wurde vom Ausschuss SoPo fertiggestellt. Es gibt mehrere Bestellungen diesbezüglich, die in Kürze bedient werden können.

150

Der Vorstand ist sehr erpicht darauf, weitere Reader zu aktualisieren bzw. auf die Fertigstellung neuer Reader zu beschleunigen. Dies wurde mit dem AS diskutiert und wir schlagen weitere Maßnahmen in finanzieller Hinsicht für den Nachtragshaushalt vor.

155 **Pressearbeit**

Der Vorstand wird regelmäßig von überregionalen Zeitungen und Radiosendern um Stellungnahmen und Interviews gebeten, welche wir gerne beantworten. Auf der Homepage findet sich ein Pressespiegel, auf welchem man den einen oder anderen Teil dessen nachvollziehen kann.

160

Der Presseverteiler des Verbandes wurde in den letzten Monaten intensiv gepflegt und ausgebaut.

Es wurden folgende Pressemitteilungen heraus gegeben:

165 01.09.2010 > [Neuer Vorstand des studentischen Dachverbandes im Amt](#)

14.09.2010 > [Studierende fordern Zustimmung zum BAföG-Änderungsgesetz](#)

170 15.09.2010 > [Bundesregierung zeigt beim BAföG kein Interesse an Breitenförderung](#)

27.09.2010 > [Werkbank statt Hörsaal - Ein freiwilliger Tausch?](#)

- 05.10.2010 > [BAföG Jetzt. Heute muss eine Einigung her!](#)  
03.11.2010 > [Brandenburgisches Ministerium erkennt Studentinnen  
passives Wahlrecht ab](#)  
175 08.11.2010 > [Aktionstage gegen Sexismus und Homophobie](#)  
17.11.2010 > [Bayernweite Proteste gegen Kürzungen im Bildungsbe-  
reich](#)  
25.11.2010 > [Abschaffung der Studiengebühren in NRW nicht schei-  
tern lassen](#)  
180 26.01.2011 > [Für freie Bildung hier und überall](#)  
01.02.2011 > [Deutschlandstipendium scheitert schon an ersten Hür-  
den](#)  
02.02.2011 > [Für entfesselte Studierendenvertretungen in Baden-  
Württemberg](#)

185 Der Vorstand möchte in diesem Zusammenhang Mitglieder und Ver-  
bandsgruppen dazu auffordern, sich mit Ideen und Hinweisen für mög-  
liche spannende Themen für Pressemitteilungen an uns zu wenden. Wir  
erwarten dabei keineswegs fertige Textbausteine, habt dabei bitte keine  
190 Scheu!

## Wichtige Themen

### Stipendiengesetz

195 Der fzs wurde extrem kurzfristig (mit einer Frist von vier Werktagen)  
um eine Stellungnahme zur Stipendiengesetz-Verordnung gebeten. Es  
ging lediglich um die Umsetzung. Der Gesetzgebungsprozess ist unter  
Anhörung des fzs schon in der letzten Amtszeit abgeschlossen worden.  
Wir haben eine kurze, sehr deutliche Stellungnahme geschrieben und  
200 eingereicht. Der Text ist im internen Bereich der Homepage (unter Sozi-  
alpolitik) abrufbar.

### Nationale Bologna Follow-Up Group

205 Wurde von uns wahrgenommen. Es wurde aus den verschiedenen Ar-  
beitsgruppen berichtet. Des weiteren ging es um Themen wie z.B. Zu-  
gang zum Master, Mobilität, Studienplätze und Anerkennung der Ab-  
schlüsse.

### Deutscher Qualifikationsrahmen

210 Im Berichtszeitraum fand eine Sitzung der Arbeitsgruppe „Deutscher  
Qualifikationsrahmen“ statt. Ziel dieser Arbeitsgruppe ist es ein System  
aus acht Stufen zu entwickeln, nach denen Kompetenzen der schuli-  
schen und beruflichen (Aus-)Bildung eingestuft werden können. Hier-  
durch soll eine bessere Vergleichbarkeit der verschiedenen Möglichkei-  
215 ten des Kompetenzerwerbs erreicht werden und eine leichtere Anre-  
chenbarkeit von z.B. in einer Berufsausbildung erworbenen Kompeten-  
zen bei einem Hochschulstudium. Der deutsche Qualifikationsrahmen  
muss mit dem europäischen Qualifikationsrahmen kompatibel sein.

220 In der einen Sitzung die im Berichtszeitraum stattgefunden hat, war der  
fzs vertreten. In dieser Sitzung wurde ein Entwurf für einen solchen  
Qualifikationsrahmen verabschiedet, den nun durch das BMBF und die  
KMK verabschiedet werden. In den kommenden Sitzungen wird es um  
die Einstufung von spezifischen Kompetenzen der Berufsbildung gehen.  
225 Hier findet eine enge Abstimmung mit dem DGB statt, die für die Ar-  
beitnehmerInnen-Seite in der Arbeitsgruppe sitzen.

## Internationales



230 Im Bereich Internationales wurde eng mit der european students' union zusammengearbeitet und kooperiert. So wurden verschiedene Veranstaltungen von esu besucht als auch verschiedene Umfragen die durch esu gemacht werden ausgefüllt.

235 Besucht wurde die 20. European Students Convention im Oktober 2010 in Leuven. Die Convention war die Abschlussveranstaltung des T4SCL-Projektes (Time for Student-Centred-Learning) von ESU. Hier wurde das Vorstandsmitglied Florian Pranghe von Niko Klein begleitet.

240 Des Weiteren wurde das 59. Board Meeting in Jerusalem/ Tel Aviv-Jaffa besucht. Hier wurden einige Nachwahlen zu einigen Ausschüssen durchgeführt. An dieser Stelle können wir dem ehemaligen Vorstandsmitglied Florian Kaiser zur Wahl ins Social Affairs Committee gratulieren. Neben den Wahlen wurde eine Änderung der Beitragsordnung beschlossen.

245 Ein ausführlicher Bericht wird durch die Delegation spätestens auf der MV nachgereicht.

### **QUEST**

250 Die 39. Mitgliederversammlung des fzs in Köln hat beschlossen, dass der fzs sich am EU-Projekt QUEST von ESU beteiligt. Ziel des Projektes ist es mit Hilfe von Befragungen ein Verständnis davon zu bekommen was Studierende in Europa unter dem Begriff „Qualität“ verstehen.

255 Hierzu war Ende Oktober das erste Management Meeting in Brüssel im Büro von ESU. Hier wurden hauptsächlich die finanziellen als auch die terminlichen Modalitäten vereinbart bzw. nochmals durchgesprochen.

260 In die Research Group die die Fragen entwickeln wird konnten wir Jens Jungblut gewinnen, der mit seinem Diplom in Sozialwissenschaften fachlich sehr gut in die Gruppe passt. Auch seine Erfahrungen mit ESU werden ihm dort helfen und wir wünschen ihm viel Erfolg beim Entwickeln der Fragebögen.

### **Ausschüsse**

#### **Ausschuss Sozialpolitik**

265 Hat vier mal getagt und eine Telefonkonferenz abgehalten. Bericht folgt auf der MV.

#### **Ausschuss Verfasste Studierendenschaft/Politisches Mandat**

270 Hat drei mal getagt, Bericht folgt auf der MV.

#### **Ausschuss Studienreform**

Hat zwei mal getagt und hatte Telefonkonferenz abgehalten, Bericht folgt auf der MV.

#### **Ausschuss Frauen- und Geschlechtspolitik**

275 Hat mehrfach getagt und das Seminar in Fulda mit vorbereitet. Bericht folgt auf der MV.

#### **Ausschuss Hochschulfinanzierung- und struktur**

280 Bericht wird nachgereicht.

#### **Kassenprüfungsausschuss**

Tagte zwei mal in der Geschäftsstelle, der Bericht liegt der Versammlung bei.

285 **Andere**

**ABS**

Der Vorstand war auf den beiden Vollversammlungen in Karlsruhe und Hannover sowie den KO-Sitzungen vertreten. Der Vorstand ist in regem Kontakt mit der neuen Geschäftsführung, auch und vor allem wegen der nach wie vor überwiegend beim fzs laufenden Geldströme des ABS. Die Wahlprüfsteine und der VS-Flyer zur Kampagne in BaWü wurden mit vom ABS unterzeichnet.

295 **Studi-Verbände**

Wir stehen mit den parteipolitischen Studi-Verbänden in Kontakt. Wir hatten ein Verbände-Treffen im Dezember (Eingeladen waren neben den parteipolitischen Studi-Verbände, Bildungsstreik und GEW BASS) zur Vernetzung und zum Austausch. Thema war vor allem auch die Master-Problematik und fehlende Studienplätze 2011. Die Treffen vor Gesprächen mit der HRK und den Verbänden werden regelmäßig mit den Studi-Verbänden (Bildungsstreik, Juso HSG, Campusgrün) in der Geschäftsstelle vorbesprochen.

305 **GEW**

Wir nehmen an Sitzungen der GEW zur Gründung einer Initiative mit dem Namen "Bildungsrepublik Deutschland".

**DGB-Jugend**

310 Es besteht der Kontakt und es ist eine Zusammenarbeit in Bezug auf die Kampagne des Sopo-Ausschusses zur Studienfinanzierung in Planung.

**HRK**

Wir nehmen regelmäßig an den Sitzungen mit den anderen hochschulpolitischen Verbänden in Berlin teil.  
Darüber hinaus sind drei fzs-Delegierte (von 5 Studi-Delegierten insgesamt) auf den ReferentInnen-Sitzungen des Nexus-Programms der HRK in Bonn beteiligt. Die Thematik über Beteiligung oder Begleitung des Projektes wurde mit dem Ausschuss der StudentInnenschaften abgestimmt.

**Studentischer Akkreditierungspool**

325 Zwischen dem Vorstand und dem Koordinierungsausschuss des Pools (KASAP) gibt es, auch aufgrund personeller Überlappung, eine enge Zusammenarbeit. Der Vorstand war auf dem im Berichtszeitraum liegendem Poolvernetzungstreffen in Chemnitz vertreten.

**BAG Behinderung und Studium**

330 Der vom vorherigen Vorstand initiierte Kontakt mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Behinderung und Studium wurde fortgeführt. Bei einem Treffen wurde insbesondere über mögliche Kooperation im Bereich Publikationen gesprochen.

335 Wir hoffen, ihr könntet einen kleinen Überblick über unsere Arbeit bekommen. Auf der Mitgliederversammlung werden wir, wie üblich, einen ergänzten Bericht zur Verfügung stellen

340 **TOP 2b Bericht des Kassenprüfungsausschusses**

Sitzung des Kassenprüfungsausschusses, 15. Januar 2011

Teilnehmer/innen: Jens Jungblut, Marc Rodermund, Regina Weber

345

**1. BMBF**

Für den Förderzeitraum 10/2009-09/2010 besteht noch eine Differenz von 2 877,97 EUR, die nach der Übersicht noch an das BMBF zurückzahlen sind.

350

**2. Vorschüsse**

**1590**

355

Vorschuss Anja Gadow, Abbuchung durch Air Berlin (4.5.10) in Höhe von 259,90 EUR ist nach wie vor offen, eine Aufforderung zur Abgabe von Belegen wurde erneut am 5.1.11 ausgesprochen.

360

Die Moskito-Rechnung (Paket für Andrea Blättler) wurde inklusive der Rücksendungsrechnung mit einer Zahlung der DB an Andrea Blättler verrechnet. Der überschüssige Rest wird ausgebucht. Damit ist die Sache erledigt.

365

**In Zukunft soll keine private Post mehr vom Büro aus versendet werden.**

**1595**

370

Fahrtkosten Lausatz (Wien) sind von der ÖH noch nicht erstattet worden, die Erstattung ist in der vergangenen Woche mündlich zugesagt worden, aber noch nicht erfolgt.  
Vorschüsse Keller und Knörr sind erledigt.

375

**3. Prüfung Abschluss 2009/2010**

**Haushaltstitel und -systematik**

380

Vorschlag zur Neugestaltung der HHTitel in 2 Einnahmen aus inhaltlicher Arbeit:

2.6.1 überführen in 2.4.3 Unterstützung ESU und internationale Veranstaltungen

2.6.2 überführen in 2.6.1 Durchlaufende Posten

7.4.1 überführen in bestehendes 6.4.1

385

7.4.2 überführen in 7.4.1 Durchlaufende Posten

390

**In 2.6 und 7.4 Durchlaufende Posten werden nur noch Einnahmen/Ausgaben gebucht, die wirkliche durchlaufende Posten sind, also Ausgaben, die dem fzs nicht anfallen, sondern nur zwischenfinanziert werden. (Bsp.: Veranstaltungen, die keine fzs-Veranstaltungen sind, aber von diesem zunächst vorfinanziert werden)**

**ESU-Einnahmen und -Ausgaben (außer Mitgliedsbeiträge) werden in die HHTitel 2.6.1 sowie 6.4.1 gebucht.**

395

Vorschlag zur Neugestaltung der Darstellung von HHTiteln zu fzs, ABS und Studentischer Pool:

400 Die Haushaltsteile von fzs, ABS und Studentischem Pool werden ge-  
trennt aufgeführt, in denen Einnahmen, Ausgaben und Überträge aus  
Vorjahren sowie Überschüsse/Verluste im laufenden Jahr ausgewiesen  
sind. Eine Allgemeine Übersichtsseite gibt einen Überblick über alle drei  
Teile.

#### 405 **Haushaltsabschluss**

Der Überschuss des aktuellen Haushaltsjahres ist nach einer differen-  
zierten Ansicht der drei Teile fzs, ABS und Studentischer Pool für den fzs  
negativ. Während das abs im Haushaltsjahr 09-10 6148,54 Euro Über-  
410 schuss und der Pool 1966,45 Euro Überschuss erwirtschaftet haben, hat  
der fzs 7386,51 Euro Verlust gemacht. Im Haushaltsjahr 08-09 hatten  
dagegen sowohl das abs als auch der Pool 4245,66 Euro bzw. 9095,06 Eu-  
ro Verlust gemacht und der fzs 41383,02 Euro Gewinn erwirtschaftet.  
Überzogen wurden im aktuellen Haushaltsjahr (09-10) bei den Ausga-  
415 ben in erster Linie die Titel 4.2 und 5.2. Die Ausgaben waren grundsätz-  
lich zweckmäßig und sinnvoll. Problematisch ist die Einnahmenseite. Es  
ist nicht gelungen, aus inhaltlicher Arbeit die geplanten Einnahmen zu  
generieren, zum Beispiel durch Publikationen, Einwerbungen von Kam-  
pagnenmitteln etc.

420

#### **Finanzausschuss**

Da in den kommenden Jahren in einigen Haushaltstiteln mit steigenden  
Ausgaben zu rechnen ist (Miete, Betriebskosten) und die Einnahmen  
425 stagnieren, wird der Finanzausschuss aufgefordert, sich mittelfristige  
strategische Gedanken zu machen, ggf. auch mit professioneller Unter-  
stützung, wie Einnahmen aus unterschiedlichen Quellen generiert wer-  
den können.

#### 430 **4. Entlastungen**

Im Haushaltsjahr 2009/2010 waren folgende Mitglieder im Vorstand:

- Anja Gadow, Florian Kaiser, Juliane Knörr, Thomas Warnau  
(Okt 09 – Sep 10)
- 435 • Florian Keller, Juliane Knörr, Florian Pranghe, Moska Timar  
(Okt 10)

Der Kassenprüfungsausschuss schlägt die Entlastung vor für:

- Florian Kaiser, Juliane Knörr, Thomas Warnau (Okt 09 – Sep 10)
- 440 • Florian Keller, Juliane Knörr, Florian Pranghe, Moska Timar  
(Okt 10)

Die Entlastung von Anja Gadow wird ausgesetzt bist der Verbleib des  
445 Vorschusses für einen Flug in Höhe von 259,90 EUR (4.5.10) geklärt ist.

gez. Regina Weber, Jens Jungblut, Marc Rodermund

450

**TOP 3 Entlastungen Vorstand und Kassenprüfungsausschuss**

455 **TOP 4 Berichte der Ausschüsse und Arbeitskreise**

werden nachgereicht

**TOP 5 Sonstige Berichte**

460

**Bericht der Delegation des 59. ESU-Board-Meetings**

wird nachgereicht

465 **TOP 6 Satzungsändernder Antrag: Umbenennen des Ausschusses Frauen- und Geschlechterpolitik**

AntragstellerIn: Ausschuss Frauen- und Geschlechterpolitik

470 Ändere den Namen des „Ausschuss Frauen- und Geschlechterpolitik“ in „Ausschuss Frauen- und Geschlechterpolitik“.

**Begründung:**

475 Mit der Annahme des Positionspapiers zu Geschlechterpolitik auf der 37. MV in Trier hat die Mitgliederversammlung bestätigt, dass der Geschlechterdualismus ein Konstrukt ist, welches aufgelöst gehört. Somit ergeben sich unzählig viele Möglichkeiten das eigene Geschlecht zu definieren oder auch nicht.

480 Da „Geschlechter-“ eine definierbare Menge von Kategorien darstellt, wohingegen „Geschlechts-“ ein Begriff ist, der die Gesamtheit ohne Kategorien umfasst, ist der Ausschuss folgerichtig umzubenennen.

485 Wir hätten euch gerne den Beschlusstext angefügt, leider wurde das Positionspapier bisher nicht veröffentlicht, da bis heute noch kein Protokoll der MV vorliegt.

490

495

500

## TOP 7 Inhaltliche Anträge

### TOP 7a Antrag: Deutschlandstipendium? NEIN, DANKE !!!

505

AntragstellerIn: Susanne Peter

#### Antrag: Deutschlandstipendium? NEIN, DANKE !!!

510 Das ehemalige „Pinkwart-Modell“ ist uns unlängst als das „Nationale  
Stipendienprogramm“ oder auch als „Deutschlandstipendium“ bekannt.  
Die Stipendien sollen maßgeblich nach Leistung vergeben werden. Jede  
Stipendiatin bzw. jeder Stipendiat erhält 300 Euro – unabhängig vom  
Einkommen der Eltern und des BAföG-Bezugs. 150 Euro werden vom  
515 Bund übernommen, die andere Hälfte soll von privaten Stiftern  
getragen werden.

Für die Einwerbung sind die einzelnen Hochschulen verantwortlich.  
Ursprünglich sollte der Prozentsatz der StipendiatInnen von derzeit 2 %  
auf 10 % angehoben werden. Da auch die Bundesregierung erkannte,  
520 dass dies ein unrealistisches Ziel war, lautet das Ziel nun 8 %, jedoch ist  
das langfristige Ziel und wird, wenn überhaupt, erst in einigen Jahren  
erreicht werden. Das Projekt soll nun zum SoSe 2011 starten.

Dieses Stipendienprogramm stellt höchstens ein Instrument für die  
Elitenförderung dar. Im ersten Jahr sollen nur bis zu 10.000 Studierende  
525 gefördert werden. Im Laufe der Jahre sollen es angeblich bis zu 160.000  
Studierende.

In Nordrheinwestphalen läuft ein vergleichbares Stipendienmodell  
schon seit über zwei Jahren . Nach nur einem Jahr konnten in ganz NRW  
lediglich 1.400 Stipendien realisiert werden (0,3 % der Studierenden),  
530 dies zeigt deutlich auf, das die Bundesregierung die Potenz der zweiten  
Finanzierungssäule völlig überschätzt.

„Der Bildungsaufstieg darf an finanziellen Hürden nicht scheitern.“, so  
der Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Doch leider verkennt die  
Bundesregierung die Realität. Laut der HIS-Studie „Das soziale Profil in  
535 der Begabtenförderung“ 2009, kommen StipendiatInnen immer noch  
überdurchschnittlich aus akademischen Familien. In mehr als 70 % der  
Fälle der Elternhäuser haben Mutter und/oder Vater eine  
Hochschulreife erworben. In Zweidrittel der Fälle hat ein Elternteil einen  
Hochschulabschluss. Jede/r zweite Geförderte gehört der  
540 Herkunftsgruppe „hoch“ an. Nur jeder zehnte gehört der Gruppe  
„niedrig“ an. Also ganz anders als in der Bevölkerung.

Der fzs lehnt das so genannte „Deutschlandstipendium“ ab, weil es

545 **...die soziale Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems verstärkt,  
anstatt sie zu verringern!**

*Durch das Ziel, in erster Linie die „Leistungsbesten“ zu fördern, werden  
vom nationalen Stipendienprogramm vor allem Studierende aus  
finanzstarken und/oder Akademiker-Familien profitieren<sup>1</sup>. So wird die  
550 soziale Selektion unseres Bildungssystems weiter verstärkt, anstatt  
Chancengleichheit zu ermöglichen. Zwar besteht auch die Möglichkeit,  
dass bei der Stipendienvergabe Umstände wie familiäre Herkunft, ein  
Migrationshintergrund oder gesellschaftliches Engagement  
berücksichtigt werden, doch in wie weit das tatsächlich genutzt wird ist  
555 fraglich.*

<sup>1</sup> vgl. HIS 2009: Das soziale Profil in der Begabtenförderung

**...nicht allen gleichermaßen offen steht!**

Das Stipendienprogramm richtet sich nur an eine kleine Gruppe Studierender. Es können nur so viele Stipendien vergeben werden, wie die  
560 jeweilige Hochschule bei der privaten Wirtschaft einwirbt, im ersten Jahr sollen insgesamt nur rund 10.000 Studierende gefördert werden. Angesichts rund 2 Mio. StudentInnen ist das eine lachhaft winzige Gruppe und zeigt den Elitecharakter des Programms. Auf ein Stipendium besteht  
565 keinerlei Rechtsanspruch, und durch die Vergabeverfahren hat nicht jede/r Studierende dieselbe Chance, in die Gruppe der StipendiatInnen aufgenommen zu werden. Bis zu zwei Drittel der Stipendien können außerdem zweckgebunden vergeben werden, so dass bestimmte  
Fachrichtungen oder Studiengänge überproportional stark gefördert werden. In NRW wurden beispielsweise im WS 2009/2010 fast die Hälfte  
570 der Stipendien an Studierende der Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften vergeben.<sup>2</sup> Auch werden Hochschulen in wirtschaftsstarken Regionen deutlich mehr Stipendien einwerben können als solche in strukturschwachen Gegenden, so dass eine geographische Ungerechtigkeit vorprogrammiert ist.

575

**...durch den fehlenden Rechtsanspruch keinerlei Planungssicherheit für das gesamte Studium bietet und zu keiner Erhöhung der StudienanfängerInnenquote führt!**

Stipendien im Rahmen des nationalen Stipendiensystems bieten keinerlei  
580 Planungssicherheit. Zunächst sind sie zum Teil nur auf kurze Zeit begrenzt (Minstdauer lediglich zwei Semester) und stehen so ggf. gerade in der Endphase des Studiums nicht mehr zur Verfügung.

Außerdem kann die Zahlung des Stipendiums an den Nachweis bestimmter Leistungen geknüpft werden, die über das ledigliche  
585 Bestehen hinausgehen. Ein Abfall der Studienleistungen aus zum Beispiel familiären, organisatorischen oder gesundheitlichen Gründen könnte zu einem Verlust des Stipendiums führen.

Schließlich wird die Menge der Stipendien durch den Unternehmensanteil von Geschehnissen auf den Wirtschafts- und  
590 Finanzmarkt beeinflusst werden. Das Modell ist hoch anfällig für Krisen, denn in einer wirtschaftlichen Rezession sparen Unternehmen als erstes an sozialen Transfers und Bildung. Die Folge wäre ein Zurückfahren der Stipendien oder ihr völliges Ausbleiben.

Das Ziel der Bundesregierung, durch das nationale Stipendienprogramm  
595 die Zahl der Studierenden zu erhöhen und insbesondere ökonomische Gründe für den Verzicht auf ein Studium zu verringern, wird aufgrund der Planungsunsicherheiten nicht erfüllt werden.

**...die Mobilität einschränkt und somit die Ziele des Bologna-Prozesses konterkariert!**

Ein „Deutschlandstipendium“ kann im Rahmen eines Fachrichtungs- oder Studienortswechsels innerhalb Deutschlands nicht mitgenommen  
600 werden. Das kann dazu führen, dass ein eigentlich gewünschter Fachrichtungs- oder Ortswechsel aus finanziellen Gründen unterlassen wird. Somit stellt das Stipendienprogramm ein klares  
605 Mobilitätshindernis dar und steht den Zielen des Bologna-Prozesses konträr gegenüber.

---

<sup>2</sup> Vgl.

[http://www.innovation.nrw.de/studieren\\_in\\_nrw/studienstarter/finanzierung/nrw-stipendienprogramm/index.php](http://www.innovation.nrw.de/studieren_in_nrw/studienstarter/finanzierung/nrw-stipendienprogramm/index.php)

610 **...den Einflüssen der privaten Wirtschaft auf (Hochschul-)Bildung die Tür öffnet!**

Die freie Wirtschaft darf für bis zu Zweidritteln der zu vergebenen Gelder Kriterien erstellen und zum Beispiel entscheiden, welche Studiengänge gefördert werden. Das werden in erster Linie die vermeintlich „direkt ökonomisch verwertbaren“ sein. Bedenklich ist insbesondere, dass die freie Wirtschaft damit auch entscheiden darf, wohin Gelder aus öffentlichen Haushalten fließen, die ja die anderen 50 Prozent des Betrags ausmachen. Hochschulen werden durch das Stipendiensystem direkt abhängig von der Wirtschaft gemacht. Das stellt eine große Gefahr für die Freiheit von Forschung und Lehre dar. Der fzs lehnt jeden wirtschaftlichen Einfluss im Bildungssystem entschieden ab!

625 **...einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand produziert!**

Den Hochschulen fehlt bisher sowohl die Infrastruktur als auch das Know-How für die Einwerbung der Stipendien. Der entstehende Verwaltungsaufwand wird sehr kostenintensiv sein und Gelder, die die Studierenden dringend benötigen, werden unsinnig verschwenden.

630 **...durch die mit der Einführung des Stipendiensystems einhergehende Büchergelderhöhung vor allem denen zu Gute kommt, die ohnehin finanziell abgesichert sind!**

Mit der Einführung des Stipendienprogramm einher geht die (teilweise schrittweise) Anhebung des Büchergeldes der großen Begabtenförderungswerke auf 300 Euro, damit die StipendiatInnen keinen Nachteil gegenüber den geförderten des nationalen Stipendienprogramms haben, auf dass sie sich nicht zusätzlich bewerben dürfen.

Studien wie die von HIS aus dem Jahr 2009<sup>3</sup> zeigen, dass Stipendiatinnen und Stipendiaten zum großen Teil ohnehin finanziell abgesichert sind. Sollte es den Hochschulen, wie anzunehmen ist, zunächst nur langsam gelingen, Stipendien zu akquirieren, würden von dem gesamten Gesetz in der ersten Zeit vor allem diejenigen profitieren, die in den Genuss der Büchergelderhöhung kommen. Damit würde die Gesetzes Einführung in erster Linie zu einer noch stärkeren Förderung derer führen, die bereits gefördert werden. Das widerspricht der Zielsetzung, mehr junge Menschen fördern zu wollen.

655 **Deutschlandstipendium stoppen – BAföG ausbauen!**

Der fzs lehnt das „Deutschlandstipendium“ ab. Es ist ein sozial selektives Instrument zur Spitzen- und Elitenförderung in Deutschland und somit keine unterstützenswerte Säule für ein Studienfinanzierungssystem der Zukunft. Die fünfzigprozentige Finanzierung des Stipendienprogramms durch den Bund wird nach der Anlaufphase ein ähnliches jährliches Finanzvolumen haben wie die parallel durchgeführte BAföG-Änderung. Von einer Stärkung des BAföGs profitieren aber deutlich mehr junge Menschen und die soziale Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems wird verringert. Außerdem entstehen dadurch keine zusätzlichen Verwaltungskosten und es kommt zu keiner Verlagerung von Firmengeldern aus eigenständigen Programmen in diese Kofinanzierten. Der fzs fordert, das Stipendienprogramm wieder zurückzunehmen und die dadurch eingesparten Gelder stattdessen für eine deutlichere Erhöhung der BAföG-Freibeträge im Rahmen einer neuerlichen BAföG-Novelle zu verwenden, so dass der Berechtigtenkreis

<sup>3</sup> vgl. HIS 2009: Das soziale Profil in der Begabtenförderung

665 wieder ausgeweitet wird. Das könnte tatsächlich mehr jungen Menschen  
ein Studium ermöglichen, da auf das BAföG ein bundesweiter  
Rechtsanspruch besteht und auch die Sicherheit der finanziellen  
Unterstützung gegeben ist. Dadurch ist ein Studienorts- und gangswahl  
ohne betrachtung der individuellen Finanzierungsmöglichkeiten der  
670 Hochschulen möglich, und Mobilität innerhalb des Studiums möglich.  
Insbesondere das „Mittelstandloch“ benachteiligt aktuell eine Vielzahl  
Studieninteressierter, deren Eltern nicht die vom BAföG suggerierte  
Leistungsfähigkeit haben.

### **Staatliche Studienfinanzierung für alle öffnen!**

675 Um mehr jungen Menschen, insbesondere aus bisher an den  
Hochschulen unterrepräsentierten Gruppen (MigrantInnen, Menschen  
aus sozial und/oder finanziell schwachen sowie Nicht-  
Akademikerfamilien), ein Studium zu ermöglichen, brauchen wir ein  
Studienfinanzierungssystem, das allen Studierenden gleichermaßen  
680 offen steht und auf das ein Rechtsanspruch besteht, so dass  
Planungssicherheit für das gesamte Studium garantiert ist. Wir  
brauchen ein staatliches, flexibles, bedarfsdeckendes, eltern- und  
altersunabhängiges Studienfinanzierungssystem für alle!

685

## **TOP 7b Veröffentlichung von Positionspapieren**

Antragsstellende Mitgliedshochschule: AStA der Europa-Universität  
Viadrina, Frankfurt (Oder)

690

### **Antrag: Veröffentlichung von Positionspapieren**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

695 Der fzs-Vorstand wird aufgefordert folgende Positionspapiere des fzs  
unverzüglich online zu stellen.

39. MV in Köln (Sommer 2010)

- Internationale Studierende in der BRD (Ausschuss SoPo)
- Barrierefreies Studium (Ausschuss SoPo)
- 700 • Masterzulassungshürden (Ausschuss HoFi)
- 2. Phase der Exzellenzinitiative (Ausschuss HoFi)

37. MV in Trier (Sommer 2009), aufgrund mangelhaften Protokolles er-  
neut beschlossen von der 39. MV in Köln

- 705 • Eckpunkte für eine Geschlechtspolitik des fzs (Ausschuss FGP)
- Autonomiebedürfnisse von Wissenschaft (Ausschuss HoFi)
- Überregionale Bildungsplanung und "Hochschulautonomie"  
(Ausschuss HoFi)

710 Soweit es aufgrund der fortgeschrittenen Zeit noch möglich erscheint,  
sollen die Papiere ggf. durch passende Öffentlichkeitsarbeit begleitet  
werden. Ferner sollen der Vorstand und der AS auf der MV berichten, wie  
im Verband in Zukunft verhindert werden kann, dass Positionspapiere  
teils über anderthalb Jahre nicht veröffentlicht werden und wie insbe-  
715 sondere die Protokollverabschiedung dazu verbessert werden kann.

**Begründung:**

- 720 Trotz mehrmaliger Nachfragen von Engagierten im fzs wurden oben  
aufgelistete Positionspapier noch immer nicht veröffentlicht. Aufgrund  
von Problemen mit der Protokollverabschiedung sind diese Positionspapier  
725 seit Sommer 2009 bzw. Sommer 2010 unveröffentlicht und somit nur  
einigen fzs-Mitgliedern bekannt, nicht jedoch für alle Studierendenschaften,  
Hochschulen, Medien und PolitikerInnen zugänglich. Dies ist insbesondere  
bedauerlich, wenn bspw. „Eckpunkte“ des Verbandes darin dokumentiert  
werden oder auf (damals) aktuelle Entwicklungen wie der Beginn der zweiten  
Phase der Exzellenzinitiative reagiert werden sollte (Sept. 2010). Solche  
730 Positionen stellen jedoch einen wichtigen Teil der Verbandsarbeit dar.  
Durch die Nichtveröffentlichung entfällt auch ein Stückweit die Beteiligung  
des Verbandes an gewissen aktuellen Diskursen.

735 **TOP 7c Antrag: Wahlprüfsteine**

Antragsstellende Mitgliedshochschule: AStA der Europa-Universität  
Viadrina, Frankfurt (Oder)

740 **Antrag: Wahlprüfsteine**

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- Der fzs-Vorstand wird gebeten, rechtzeitig vor allen Landtags- bzw. Bundes-  
tagswahlen den Kontakt zur jeweiligen Landesstudierendenvertretung  
745 herzustellen und bei Interesse eine gemeinsame Kampagne mit Wahlprüf-  
steinen zu organisieren oder zu unterstützen (abhängig davon, ob eine  
landesweite Kampagne geplant ist oder nicht). Die inhaltlichen Ausschüsse  
des fzs sollen in diesem Fall um Mithilfe bei den spezifischen Fragen in  
ihrem Arbeitsbereichen gebeten werden.  
750 Auch weitere relevante Bündnisse, Verbände o.ä. sollen mit einbezogen  
werden.

**Begründung:**

- Wahlprüfsteine sind eine Möglichkeit, aktuelle Informationen zu hoch-  
schulpolitischen Positionen und Entwicklungen zu kommunizieren und  
755 Studierende für diese Themen zu sensibilisieren. Hierbei kommen Themen  
zur Sprache, die in Bundes-, Landes- als auch in Hochschulkompetenz  
fallen. Daher scheint es sinnvoll, stärker auf Bundes- und Landesebene  
zusammenzuarbeiten. Somit kann auch bundesweit mehr Aufmerksamkeit  
760 für vermeintlich rein landespolitische Themen, die aber mit bundesweiten  
Entwicklungen zusammenhängen sowie durch den Föderalismus alle Länder  
(ggf. in unterschiedlichem Maße) betreffen, erreicht werden.  
Bisher wurden nur vereinzelt gemeinsam Wahlprüfsteine erstellt (bspw.  
765 NRW, BaWü), dies soll verstetigt werden, sodass nicht nur in den  
großen Bundesländern mit gut organisierten Landesstudierendenvertre-  
tungen Wahlprüfsteine erstellt werden, sondern auch in Ländern, wo  
Landesstudierendenvertretungen sich Unterstützung wünschen und wo  
bisher keine Öffentlichkeitsarbeit in dieser Richtung stattfand. Hierbei  
770 scheint es am praktikabelsten, wenn der Vorstand den Kontakt aufbaut  
und ggf. organisatorisch unterstützt, die inhaltliche Arbeit aber im  
wesentlichen in den Landesstudierendenvertretungen bzw. den inhaltlichen  
fzs-Ausschüssen stattfindet. Eine Internetseite dazu ist bereits auf der  
fzs-Homepage eingerichtet worden.

775

**TOP 8      Gendertraining gem. Beschluss der 39. MV in Köln**

780 **TOP 7d      Antrag: Postitionspapier Militarisierung von Bildung und Forschung stoppen!**

Antragstellerin: Nadja Brachmann

785 Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) verurteilt die fortschreitende Militarisierung von Bildung und Forschung.

790 Die Bundeswehr dringt immer mehr in Schulen und Hochschulen ein. Sie hat mit einigen Bundesländern Kooperationsverträge geschlossen und darf jetzt ganze Unterrichtseinheiten zu Themen wie Sicherheitspolitik übernehmen. Auch an den Hochschulen mischt sich die Bundeswehr immer mehr in die Forschung und Lehre ein. So schickt sie GastdozentInnen an die Hochschulen oder lässt sich gleich ganze Studiengänge einrichten. Forschungsaufträge von der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie sind keine Seltenheit mehr und werden dazu noch versucht geheimgehalten zu werden. Oft wissen betroffenen Studierende noch nicht einmal, dass sie militärische Forschung für die Bundeswehr oder die Rüstungsindustrie betreiben.

800 Diesen Entwicklungen muss Einhalt geboten werden, da sie die Freiheit von Forschung und Lehre gefährden.

**Der fzs fordert daher:**

805 Die Bundeswehr raus aus den Schulen. Eine Friedensbindung für Hochschulen, wonach Forschung und Lehre auf ausschließlich friedliche und zivile Zwecke beschränkt. (Zivilklausel)

810 **TOP 7e      Antrag : Unterstützung des Kongresses „Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausel“**

Antragstellerin: Nadja Brachmann

815 Der fzs unterstützt den Kongress „Nein zur Militarisierung von Forschung und Lehre – Ja zur Zivilklausel“, der vom 27.05.2011 – 29.05.2011 an der TU Braunschweig stattfindet und lässt sich als MitveranstalterIn eintragen.

820 Erläuterung: Der oben genannte Kongress ist durch das Bundesweite Treffen des Bündnis für Zivilklauseln an Hochschulen an dem auch einige Studierendenschaften und Hochschulgruppen aktiv sind. Näheres zum Kongress wird noch über den Diskussionsverteiler geschickt.

825

**TOP 7f      Antrag an die Mitgliederversammlung des  
freien Zusammenschlusses von  
studentInnenschaften (fzs)**

830

AntragstellerIn: AStA Universität Mainz

Die MV möge beschließen:

835

Der fzs solidarisiert sich angesichts des Falls „Simon Brenner“, bei dem der Staat durch Spitzeltätigkeiten massiv in die Persönlichkeitsrechte Studierender eingegriffen hat, mit der Heidelberger Studierendenschaft und unterstützt diese bei der Vernetzung mit anderen Studierendenschaften in Baden-Württemberg, um gegebenenfalls gemeinsam Druck auf das baden-württembergische Innenministerium auszuüben. Zudem soll der fzs die Heidelberger Studierendenschaft unterstützende Pressearbeit leisten.

840

Begründung:  
845 Is klar ne!

**TOP 7g      Forschungsfinanzierung in Deutschland neu  
denken - für eine Ausfinanzierung der  
Forschungslandschaft statt einer  
wettbewerblichen DFG-Vergabepaxis**

850

AntragstellerIn: Ausschuss Hochschulfinanzierung und -struktur

**855      Wettbewerbliche Mittelverteilung – der Anfang vom Ende öffentlicher  
Forschungsfinanzierung?**

Bis 1985 war es Usus, dass 99% der Landes- und Bundesmittel für Forschung direkt an die Hochschulen verteilt wurden und die wenigen externen Gelder auch noch durch die Gremien der Hochschule abgesegnet werden mussten. In der ersten Legislatur unter Helmut Kohl gab es jedoch im Rahmen der damaligen Novellierung des Hochschulrahmengesetzes den fatalen Beschluss, dass eingeworbene Drittmittel von den AntragstellerInnen direkt verwendet werden konnten, ohne der Zustimmung eines Senats oder Fakultätsrats zu bedürfen. Der Anteil der Drittmittel ist seitdem um das dreifache gestiegen und lag bspw. 2007 schon bei 23,6% (ohne medizinische Einrichtungen)<sup>4</sup>. Ein Großteil dieser Drittmittel sind aber keine Drittmittel im eigentlichen Sinne, sondern genauer gesagt Zweitmittel, also Gelder, die ursprünglich von Bund und Ländern kommen, aber auf wettbewerbliche Weise an die Hochschulen verteilt werden. So waren 2009 etwa mehr als die Hälfte der sogenannten Drittmittel eigentlich öffentliche Zweitmittel: 2,1 Mrd. Euro kamen aus öffentlichen Quellen (DFG, Bund, sonstiger öffentlicher Bereich), 1,7 Mrd. Euro verteilten sich auf internationale Organisationen, Stiftungen,

860

865

870

---

<sup>4</sup> Kreckel, Reinhard (2010): Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und außer-universitären Forschungseinrichtungen im internationalen Vergleich. Beitrag im Rahmen des 3. Hochschulpolitischen Forums der Hans-Böckler-Stiftung, „Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung“ Berlin, 24. - 25. Februar 2010

die Wirtschaft usw.<sup>5</sup>

- 875 Der Drittmittelboom ist daher nicht wirklich eine Verschiebung hin zu  
einem wirtschaftsfinanzierten Hochschulsystem, da der Großteil der  
Gelder ursprünglich staatlich ist. Daher handelt es sich um eine bewusste  
politische Entscheidung, jährlich mehr Gelder im Wettbewerb zu ver-  
geben und den Anteil der Grundmittel zu verringern, die über ein  
880 bedarfsorientiertes Verfahren vergeben werden. Die  
Verteilung per Wettbewerb führt dazu, dass sich Forschung an manchen  
Orten mehr und an manchen Orten weniger ausprägt, dieser Effekt ver-  
stärkt sich dann noch dadurch, dass einmal geförderte Hochschulen  
sehr wahrscheinlich auch weiterhin mehr Geld erhalten, also Geld wie-  
885 derum Geld nach sich zieht. So teilen etwa die TOP 20 DFG-geförderten  
Hochschulen 70% aller im Rahmen der Exzellenzinitiative verteilten  
Gelder unter sich auf und alle neun Exzellenzuniversitäten finden sich  
unter diesen höchstgeförderten Hochschulen.<sup>6</sup> Ganz sicher wird da-  
durch aber nicht besser geforscht.  
890 Dadurch werden einige Hochschulen aus der Forschungslandschaft ab-  
gehängt, während andere immer stärker profitieren.

### **Warum wettbewerbliche Finanzierung von Forschung falsch ist**

- 895 Es ist nicht sinnvoll, immer nur das zu erforschen, was Aussicht auf Er-  
folg verspricht, ein erfolgreicher DFG-Antrag zu werden. Freie Wissen-  
schaft zu betreiben bedeutet auch, die Freiheit zu erhalten, sich über ei-  
nen längeren Zeitraum mit Projekten zu befassen, deren Erfolg noch  
nicht von Anfang an abzusehen ist und ohne sich immer wieder recht-  
900 fertigen zu müssen, ob ein Forschungsprojekt kurzfristig verwertbar ist.  
Grundlagenforschung bedarf keiner Rechtfertigung und sie zu streichen  
verringert den Erkenntnisgewinn für die Gesellschaft. Zweitmittel sind  
außerdem nicht nachhaltig, da sie nur projektgebunden vergeben wer-  
den und prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft her-  
905 vorbringen.  
Der Druck, dass WissenschaftlerInnen sich über erfolgreiche Anträge  
immer wieder beweisen müssen, ist müßig und produziert einen über-  
triebenen administrativen Aufwand, da von ihnen durch die Erfahrung  
im Wissenschaftsbetrieb und durch die demokratische Selbstkontrolle  
910 der Hochschulen verantwortungsbewusstes Handeln erwartet werden  
kann. Vielmehr würde es Sinn machen, diese Ressourcen direkt in die  
Forschung zu stecken,

### **Entscheidung über Forschungsprojekte im kleinen Kreis?**

- 915 Und schließlich stellt sich die Frage, wodurch die DFG eigentlich legiti-  
miert ist, darüber zu entscheiden, welche Forschung stattfindet und  
welche nicht. Die DFG nimmt für sich in Anspruch, die objektive wissen-  
schaftliche Meinung zu vertreten. Insbesondere bei der Exzellenzinitia-  
920 tive war die DFG dafür immer wieder kritisiert worden, da die Kriterien  
für Exzellenz sehr willkürlich erschienen. Welche Kriterien legt die DFG  
der Mittelvergabe aber zugrunde? Grob gesagt erhalten sie die Gelder

<sup>5</sup> Hochschulrektorenkonferenz (2009): Hochschulen in Zahlen 2009.

[http://www.hrk.de/de/service\\_fuer\\_hochschulmitglieder/5271.php](http://www.hrk.de/de/service_fuer_hochschulmitglieder/5271.php)

<sup>6</sup> Gemeinsame Kommission von Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG) und  
Wissenschaftsrat (WR), 2008: *Bericht der Gemeinsamen Kommission zur Ex-  
zellenzinitiative an die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz*, 31.

<http://www.gwk-bonn.de/fileadmin/Papers/GWK-Bericht-Exzellenzinitiative.pdf>



925 von Bund und Ländern, sind aber niemandem über die Vergabe rechen-  
schaftspflichtig. Es kann also nicht sichergestellt werden, dass damit ge-  
samtgesellschaftliche Bedürfnisse gedeckt werden bzw. ist das Zustan-  
930 dekommen der Entscheidung, was erforscht werden soll, also in keiner  
Weise demokratisch legitimiert, sondern wird lediglich mit einer abstrakten  
Wissenschaftlichkeit der DFG begründet. Laut Selbstaussage der  
DFG sieht diese sich sogar als Beraterin politischer und gesellschaftlicher  
EntscheidungsträgerInnen, ist dabei aber doch selbst staatlich finanziert  
und somit keineswegs eine unabhängige Politikberatung.

### ***Diskriminierung der Geistes- und Sozialwissenschaften durch DFG-Vergabepraxis***

935 Fast die Hälfte der DFG-Mittel gehen an die Lebenswissenschaften, nur  
ca. ein Zehntel an  
Geistes- und Sozialwissenschaften und der Rest an Natur- und Ingenieurwissenschaften.  
940 Hier zeigt sich, wie mächtig die DFG ist: Möchte man, dass eine so wichtige  
Entscheidung, darüber, was in einer Gesellschaft erforscht werden soll und  
was nicht, von solch einer Organisation gefällt wird oder möchte man, dass  
dies breit gesellschaftlich diskutiert und legitimiert wird? Da bei Forschungsprojekten  
945 der Großteil der Kosten Personalkosten sind, treten unterschiedliche Bedarfe an  
Technik und Infrastruktur verschiedener Disziplinen, die eine Diskriminierung  
rechtfertigen könnten, stark in den Hintergrund.

### ***Wie demokratisch ist die DFG bei der Verteilung von Steuergeldern für die Forschung?***

950 Die Strukturen der DFG sind hochgradig intransparent. So wird beispielsweise  
nicht klar welche Kriterien die DFG bei der Aufnahme neuer Mitglieder anlegt.  
Laut Satzung sollen es lediglich Hochschulen oder Einrichtungen von allgemeiner  
Bedeutung sein. Damit soll offensichtlich der Ausschluss von Fachhochschulen  
955 von der Mitgliedschaft signalisiert werden. Das gleiche gilt für die Bewertung  
von Forschungsanträgen. Aufgrund des Verfahrens der Peer Reviews schon euphorisch  
als "Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft"<sup>7</sup> bezeichnet, ist die  
DFG dies in Wirklichkeit jedoch keineswegs: Transparenz und produktive  
960 Kommunikations- und Kooperationsprozesse bleiben auf der Strecke, da einige  
Wenige auf kaum nachvollziehbarem Wege entscheiden, wohin die Forschung  
steuert. Ebenso ist zu kritisieren, dass die DFG als privater Verein sich der  
Kontrollmöglichkeit ihrer Begutachtungsverfahren entzieht. So muss die DFG  
965 beispielsweise Ablehnungsgründe von Forschungsaufträgen nicht preisgeben.  
Angesichts dessen, dass die DFG jedoch mehr als 1 Mrd. Steuergelder pro Jahr  
verteilt, muss jedoch eine demokratische Kontrolle der Arbeit sichergestellt sein.  
Demgegenüber ist der Anteil von VertreterInnen der Politik in der DFG jedoch  
relativ gering bzw. können diese immer überstimmt werden, eine effektive  
970 Kontrolle ist somit kaum möglich, geschweige denn eine politische Steuerung  
bei der Forschungsfinanzierung. Die DFG entzieht sich schlichtweg jeglicher  
gesellschaftlicher Verantwortung. Auch die Förderkriterien gibt sich die DFG  
selbst, so wurde bspw, ent-

---

<sup>7</sup> Lübbert, Daniel (2006): Die Deutsche Forschungsgemeinschaft DFG. Strukturen, Verfahren, Reformbedarf. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages.  
[http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2006/Die\\_Deutsche\\_Forschungsgemeinschaft\\_DFG.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2006/Die_Deutsche_Forschungsgemeinschaft_DFG.pdf)

975 schieden, dass nur promovierte WissenschaftlerInnen sich bei der DFG  
um Forschungsprojekte bewerben können. Dies ist eine willkürliche Ein-  
schränkung, die die DFG in Ihren Förderrichtlinien beschlossen hat, und  
Promovierende und Studierende vom Zugang zu öffentlichen For-  
schungsgeldern auszuschließen.

980 ***Koordination der Forschungsförderung in öffentliche Hand!***

985 Ob die von der DFG praktizierten Ausschlüsse, etwa von großen Grup-  
pen von Hochschulen oder NachwuchswissenschaftlerInnen ohne Pro-  
motion, aber gesellschaftlich gewollt sind, ist zu bezweifeln. Deswegen  
muss man dazu kommen, dass solche eine Entscheidung nicht  
von einer Institution in kleinem Kreis entschieden wird, sondern wieder  
zurück in öffentliche

990 Verantwortung gehen. Es geht dabei nicht etwa darum, Forschungsgel-  
der direkt durch politische Gremien zu vergeben, jedoch müssen Ziele  
wie die Förderung regionaler Entwicklung und das Abdecken gesell-  
schaftlich wichtiger Forschungsbereiche sichergestellt werden. Dabei  
müssen sowohl Bund und Länder ihrer demokratischen Verantwortung  
gerecht werden, indem sie die Koordinierung der Forschungsfinanzie-  
995 rung übernehmen. Auch inhaltliche Debatten an den Fakultäten und  
Hochschulen müssen wieder stärker geführt werden. Alle müssen dür-  
fen können! Vielen kleineren Hochschulen oder weniger forschungsint-  
ensiven Fakultäten wird der Zugang zu diesen öffentlichen Geldern  
weiterhin versperrt bleiben, da sie es auf lange Sicht nicht schaffen wer-  
den, die Hürden zu

1000 überwinden, um überhaupt DFG-Mitglied werden zu können. Der An-  
forderungskatalog der DFG für eine Mitgliedschaft ist gerade für kleine  
Hochschule kaum zu bewältigen. Sie haben also keine Chance, im Kon-  
zert der Großen mitzuspielen, denn durch das Vorenthalten der Gelder  
wird es für sie auch immer schwerer, Rückstände zu anderen Hochschu-  
1005 len aufzuholen. Es gehört zur Förderungspraxis der DFG, große Zentren  
weiter zu stärken und nicht für eine gerechte Verteilung über die Hoch-  
schullandschaft zu sorgen oder Defizite auszugleichen. Dies bedeutet  
nicht, dass bisher nicht geförderte WissenschaftlerInnen oder Hoch-  
schulen keine qualitative Forschung umsetzen könnten, sondern, dass  
1010 sie gar nicht in die Lage versetzt werden, Forschungsprojekte anzusto-  
ßen.

1015 Generell müssen sich Bund und Länder wieder ihrer Verantwortung für  
die Forschungspolitik bewusst werden und müssen dazu zumindest  
Rahmenbedingungen für eine verantwortungsbewusste und transpa-  
rente Vergabe von Forschungsmitteln setzen. Auch muss darüber nach-  
gedacht werden, wie die kaum demokratisch legitimierte Monopolstel-  
lung der DFG durch ein umfassendes Modell der Forschungsfinanzie-  
rung ersetzt werden kann.

1020

1025 **TOP 7h      Psychosoziale Probleme ernst nehmen –  
Beratungsangebote ausbauen**

**AntragstellerIn: Ausschuss Sozialpolitik**

1030 Mit dem Studium beginnt ein neuer entwicklungspsychologischer Lebensabschnitt, in dem die StudentInnen mit neuen Herausforderungen konfrontiert werden. Dies kann zu Problemen und Beratungsbedarf führen, was mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses noch verstärkt worden ist. So weist das Deutsche Studentenwerk auf einen 20% Anstieg des Beratungsbedarfs hin. Prof. Dr. Rainer Holm-Hadulla geht in der 2001 erschienenen Studie „Psychische Schwierigkeiten von Studierenden“ davon aus, dass 25% der StudentInnen unter psychischen Beeinträchtigungen leiden und hiervon mindestens die Hälfte eine psychologische Beratung benötigen würde. Dies bedeutet, dass über eine halbe Millionen StudentInnen unter psychischen Problemen leiden und rund 250.000 StudentInnen eine Beratung benötigen. Die Krankenkassen stellen außerdem fest, dass StudentInnen die Gruppe mit dem größten Psychopharmakabedarf ist.

1045 Die Probleme von StudentInnen sind breitgefächert, beispielsweise Identitäts-, Selbstwert-, Beziehungsprobleme, neurotische und psychosomatische Symptomatiken oder Suizidalität. Dazu gehören aber auch Arbeits- und Leistungsstörungen, wie z. B. Prüfungsangst.

1050 Die Herausforderung in vielen neuen Bereichen, beispielsweise die Ablösung vom Elternhaus, werden noch durch finanzielle Belastungen, Leistungsorientierung, Konkurrenzdruck und gesellschaftliche Erwartungen verstärkt.

1055 Trotz großer Bemühungen sind die Studentenwerke nicht in der Lage, ohne Hilfe durch Bund und Länder dem Beratungsansturm entgegenzuwirken. Dies führt dazu, dass StudentInnen unter vorgehaltener Hand gebeten werden, das Beratungsangebot nicht weiterzuempfehlen. Das Deutsche Studentenwerk berichtet in seinem Zahlenspiegel 2009/10 von 42 Psychologischen- und 43 Sozialberatungsstellen, die insgesamt von 27.200 StudentInnen besucht wurden. Legt man die von Prof. Dr. Holm-Hadulla vorgelegten Zahlen zu Grunde, decken die Studentenwerke lediglich rund 11% des eigentlichen Beratungsbedarfs ab.

1065 Damit diese Entwicklung nicht fortgesetzt wird und StudentInnen die von ihnen benötigte Hilfe erhalten fordert der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften:

- 1070 - Einen bedarfsdeckenden Ausbau und eine entsprechende Finanzierung des psycho-sozialen Beratungsangebotes durch Bund und Länder.
- Eine Reduktion des Leistungs- und Konkurrenzdrucks im Bachelor- / Masterstudium.
- 1075 - Eine niedrigschwellige Angebotsgestaltung, die es den StudentInnen mit psycho-sozialen Problemen erleichtert, Hilfe aufzusuchen.
- Beratungsstellen sollen in ihrer personellen Zusammensetzung alle Gender repräsentieren, um Vertrauenshemmnisse auszuschließen .
- 1080 - Eine Vernetzung der Beratungsangebote von Hochschulen, Studentenwerken und den lokalen Anbietern, damit hilfeschuchende

StudentInnen über alle Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten Möglichkeiten informiert werden.

- 1085 - Eine Evaluation der psychosozialen Probleme von StudentInnen durchzuführen, damit die speziellen Erfahrungen und Erkenntnisse der psychosozialen Beratungsstellen in die Konzeption und Weiterentwicklung der Studienangebote einfließen können.

1090 **TOP 7i      Antrag: Konzept für ein Seminar/Workshop-Angebot zu den Themen Personalführung, Geschäftsführung, Zeitmanagement sowie Vertragsgestaltung und -recht.**

1095 AntragstellerIn: Der AStA der Uni Mainz stellt an die fzs-MV folgenden Antrag:

1100 Die MV möge beschließen, dass der Vorstand bis zur 41. Mitgliederversammlung ein ausgearbeitetes Konzept für ein Seminar/Workshop- Angebot zu den Themen Personalführung, Geschäftsführung, Zeitmanagement sowie Vertragsgestaltung und -recht.

**Begründung:**

1105 Viele Studierendenschaften haben die Funktion als ArbeitgeberIn gegenüber ihren Angestellten inne. Da die Arbeit als politische/r ReferentIn im Normalfall eine ehrenamtliche ist, mangelt es oft an juristischem Wissen und Kompetenzen im Bereich der Personalführung und Verwaltung. Um die Rechte und Pflichten als ArbeitgeberIn besser wahrnehmen zu können, ist ein Qualifizierungsangebot seitens des fzs wünschenswert.

1115 **TOP 7j      Antrag: Gendern mit \***

Antragsstellender Ausschuss: FGP

Gendern mit \*

1120 Die MV möge beschließen:

In allen Dokumenten und Veröffentlichungen des fzs wird ab sofort das Sternchen \* als Mittel geschlechtsneutraler Formulierung verwendet. Beispiel: Professor\*innen, Schüler\*innen

1125 Ausnahme: Bezeichnungen, bei denen es problemlos möglich ist eine geschlechtsneutrale Formulierung zu finden (Lehrende, Studierende)

1130 Es wird zur Erläuterung bei allen Texten eine Fußnote ergänzt, die die Verwendung knapp erläutert.

**Begründung:**

1135 Diese Schreibweise hat die Funktion, Menschen, die sich nicht in das binäre Schema weiblich/männlich eingliedern können oder wollen, mit

1140 einzubeziehen und den vielfältigen Möglichkeiten von  
Geschlechtsidentitäten Rechnung zu tragen. Diese Methode hat auch  
den Vorteil, eine größere Sensibilisierung als konventionellere Formen  
zu erreichen. Das Binnen-I (StudentInnen, ProfessorInnen) ist dabei als  
konventioneller zu betrachten, da es zwar die weibliche Form gegenüber  
der Form im generischen Maskulinum hervorhebt, aber dennoch immer  
auf eine Zweigeschlechtlichkeit Bezug nimmt, ähnliches gilt für die  
1145 Verwendung von Splitting (Student/-innen, Professor/-innen;  
Studentinnen und Studenten, Professorinnen und Professoren).  
Wir wollen (noch) nicht den radikalen Weg gehen und die weibliche  
Endung komplett streichen, da die Probleme der Sichtbarkeit von  
Frauen weiterhin bestehen und wir diesem Umstand Rechnung tragen  
wollen. Wir bevorzugen das "\*" gegenüber dem Unterstrich, da es mehr  
1150 Raum zwischen den Geschlechtern lässt. Der Unterstrich wirkt, wie eine  
Skala oder gerade Linie zwischen den klassischen  
Geschlechterstereotypen. Wir möchten aber auch visualisieren, dass es  
für uns mehr Möglichkeiten gibt. Außerdem bleibt damit  
Verständlichkeit und leichte Lesbarkeit gegeben.  
1155

## **TOP 7k     Antrag: Honorarstelle**

Antragstellender Ausschus: FGP

1160 Honorarstelle

Die MV möge beschließen:

1165 Der fzs stellt über einen Honorarvertrag jedes Jahr eine Person ein, die

- den Verteiler mit allen geschlechtspolitischen Referaten und Hochschulgruppen pflegt,
- rechtzeitig über die Aktionstage informiert,
- Studierendenschaften gezielt und möglichst direkt bezüglich der Teilnahme an den Aktionstagen kontaktiert,
- 1170 • die Homepage aktualisiert,
- Hochschulen bei der Vor- und Nachbereitung der Aktionstage unterstützt (ggf. im Rahmen von entsprechenden Seminaren),
- Kontakte und Informationen vermittelt sowie
- 1175 • den Ausschuss FGP organisatorisch bei der inhaltlichen Betreuung unterstützt.

1180 Für die Aufgaben wird ein Arbeitsaufwand von 40 Stunden angenommen. Die Bezahlung erfolgt nach Tarif. Der Nachtragshaushalt ist um den entsprechenden Betrag im Titel 3.3.2. zu ergänzen.

### **Begründung:**

1185 Wir gehen davon aus, dass die geringe Nachfrage von Veranstaltungen des Verbands mit der Thematik FGP zu einem nicht unerheblichen Teil aus der Schwierigkeit, diese zu bewerben, und nicht etwa aus einem generellen Mangel an thematisch Arbeitenden resultiert. Durch eine gezielte Bewerbung und Vernetzung kann eine bessere Beteiligung sichergestellt werden. Mobilisierung und Kommunikation ist beim Thema FGP teils noch schwieriger als bei anderen Themen. Die Seminare haben  
1190 bisher noch wenig Zulauf, vor allem werden momentan Personen erreicht, die sich ohnehin schon damit beschäftigen. Aus diesem Grund

sollten die Aktionstage verstetigt und ausgebaut werden, um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen und für das Thema zu sensibilisieren.

1195 Die Kommunikation allein über bestehende fzs-Verteiler reicht nicht,  
um alle (autonomen) Referate und Hochschulgruppen anzusprechen.  
Insbesondere Nicht-Mitgliedshochschulen lassen sich auf diese Weise  
kaum oder gar nicht ansprechen. Da die Seminare unserer Meinung  
nach jedoch ein sehr gutes Mittel sind, den Verband durch gute Arbeit  
1200 zu bewerben, halten wir es für zielführend, eine Honorarstelle mit den  
oben genannten Arbeitsbereichen einzurichten.

1205

1210

1215

1220

1225

1230

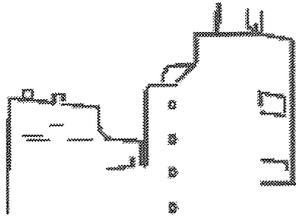
1235

1240

1245

## **TOP 7I      Antrag auf Erlass der zweiten Teilzahlung 2010**

AntragstellerIn: AStA der Universität Siegen



**Allgemeiner Studierenden-Ausschuss**  
der Universität mit Gesamthochschultradition Siegen

AstA Universität Siegen, Adolf-Reichweinstr. 2, 57068 Siegen

ERHIEBEN

31. JAN. 2011

**freier Zusammenschluss von studentInnenschaften**  
Wöhlerstraße 19

10115 Berlin

**AstA der Universität Siegen**  
Finanzreferat  
57068 Siegen

Tel: 0271/740-4600  
Fax: 0271/740-4640  
<http://www.asta.uni-siegen.de>

**Antrag auf Erlassung der zweiten Teilzahlung 2010**

Siegen, 27.01.2011

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Mitgliederversammlung des „freien Zusammenschlusses studentInnenschaften e. V.“ möge beschließen, der Studierendenschaft der Universität zu Siegen die zweite Teilzahlung der Mitgliedsbeiträge 2010 zu erlassen.

Begründung:

Der Haushalt der Studierendenschaft in Siegen ist angespannt. Rückläufige Umsatzzahlen in den Gewerbebetrieben sind dabei die Triebfeder der negativen Entwicklung. Der AstA unterhält augenblicklich noch einen Pool an Kopiergeräten auf sämtlichen Campus. Die daraus resultierende Belastung schlägt mit mehr als 50.000 € jährlich zu Buche. Anhaltend stagnierende Gerätenutzung sorgt für eine zunehmende Verschärfung. Die Geräte arbeiten nunmehr seit über zwei Jahren nicht mehr kostendeckend. Gleichzeitig besteht allerdings noch eine vertragliche Bindung bis Ende des kommenden Jahres 2012.

Auch die übrigen Bereiche der Gewerbebetriebe belasten den Etat vermehrt. Hier verzeichnen wir einen anhaltenden Negativtrend bei den Umsatzzahlen. Insgesamt rechnen wir für 2011 ein Defizit aus Gewerbebetrieben in Höhe von 32.254,13 €

Eine umfassende Konsolidierung und übergreifende Sparpakete werden im laufenden Jahr auf uns zukommen. Auch der Posten des fzs e. V. ist schon mehrfach in unserem Parlament angesprochen worden. Da ein Austritt aus dem Verein im Augenblick vom AstA nicht gewünscht ist, die daraus resultierende Zahllast jedoch unseren Haushalt unverhältnismäßig belastet bitten wir um Zustimmung zu diesem Antrag.

Weitere Erläuterungen erfolgen gern mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

  
Christian Lenz  
Referat für Finanz-  
und Rechtsangelegenheiten

  
Julian Hopmann  
Der Vorsitzende

BANKVERBINDUNG: SPARKASSE SIEGEN BLZ: 460 500 01 KTO-NR: 41 000 753

1250

**TOP 7m Antrag auf Teilerlass der Mitgliedsbeiträge  
2009/2010 und 2010/2011**

1255 AntragstellerIn: AStA Europa-Universität Viadrina – Paul-Feldner-Straße 9 – 15230 Frankfurt(Oder)

An die Mitgliederversammlung des freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften

1260 Antragssteller:  
Studierendenschaft der Europa-Universität Viadrina, vertreten durch den AStA-Vorsitz

1265 Die Mitgliederversammlung des freien Zusammenschlusses von StudentInnenschaften (fzs) e.V. möge beschließen, dass der Studierendenschaft Frankfurt(Oder) für das Haushaltsjahr 2009/2010 11/12 der Mitgliedsbeiträge und für das Haushaltsjahr 2010/2011 5/12 der Mitgliedsbeiträge zu erlassen.

1270 Begründung:  
Die Studierendenschaft der Viadrina trat am 01.08.2010 dem fzs unter der Prämisse bei, dass für das erste Jahr ein halbiertes Beitrag gilt. Wir dachten es handle sich dabei, um ein Kalender- und nicht um ein Haushaltsjahr. Dies vor allem deshalb, da auf der fzs-Homepage unter Beitritts-FAQ steht: „Für neue Mitglieder gibt es darüber hinaus eine sog. Schnuppermitgliedschaft - sie zahlen im ersten Jahr der Mitgliedschaft die Hälfte des regulären Beitrages.“ ([http://www.fzs.de/ueber\\_uns/mitmachen/1064.html](http://www.fzs.de/ueber_uns/mitmachen/1064.html)). Eines der Argumente für den Beitritt zum fzs war zudem, dass unsere Studierendenschaft im Rahmen einer solchen einjährigen „Schnuppermitgliedschaft“ die Strukturen und die Arbeitsweise des fzs kennen lernen kann, um zu entscheiden, ob eine dauerhafte Mitgliedschaft unserer Studierendenschaft für uns wünschenswert ist. Im Sinne einer vertrauensvollen, dauerhaften Mitgliedschaft der Viadrina bitten wir die Mitgliederversammlung um Zustimmung zu unserem Erlassantrag.

1275

1280

1285 Nachfragen zu den genauen Zahlen und zur Begründung sind auf der MV möglich.

## **TOP 9 Nachwahlen zu den Ausschüssen**

1290

## **TOP 10 Nachtragshaushalt (siehe Anlage)**

## **TOP 11 Initiativanträge**

1295 **TOP 12 Ort und Zeitraum der nächsten Mitgliederversammlung**

## **TOP 13 Sonstiges**